

AUSSENANSICHT

Steht auf, ihr Jungen!

Der Nachwuchs muss ausbaden, was die Alten ihnen eingebrockt haben. Das ist unfair. Deutschland braucht einen neuen Generationenvertrag. *Von Wolfgang Gründinger*

Es geht uns gut. Wir Jungen hatten im Leben alles, was wir brauchen: genug zu essen, ein Dach überm Kopf, kabelloses Internet. Wir haben allen Grund, zufrieden zu sein. Und wir sind es auch. Zugleich aber hören und lesen wir Jungen unentwegt, seitdem wir denken können: Verlasst euch auf niemanden mehr, erst recht nicht auf den Staat! Ihr müsst selbst zusehen, wie ihr durchs Leben kommt. Die Rente ist sicher? Das war einmal. Ihr wollt etwas ändern? Das war alles schon immer so, und wo kommen wir denn da hin?

Wir Jungen müssen ausbaden, was eine Generation kurzfristiger Finanzjongleure und Politiker uns eingebrockt hat: Schuldenkrise, Sozialkrise, Umweltkrise. Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung haben 71 Prozent der Deutschen den Eindruck, die Solidarität zwischen den Generationen sei schwächer geworden. Wenn wir über das Miteinander der Generationen sprechen, kommen Kinder und Jugendliche gar nicht vor. Die Rentner und ihre Verbandsfunktionäre sprechen gerne darüber, was die Gesellschaft ihnen schuldet. Selten wird darüber gesprochen, was die Alten uns Jungen schulden.

Politiker mahnen, es dürften nicht noch mehr Schulden für nachrückende Generationen angehäuft werden. Gleichzeitig verteilen sie trotz Rekordverschuldung fette Steuergeschenke. Die Kanzlerin ruft die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus –

während ein Bildungsetat auf dem Niveau der neunziger Jahre als großer Erfolg gefeiert wird. Die Rentenversicherung wurde angeblich saniert, doch die kommende Generation rennt in die Altersarmut hinein. Und beim Thema Jugendpolitik denken die meisten Politiker nur an „Killerspiele“ und „Komasaufen“. Kinder und Jugendliche haben keine Lobby. Sie werden mit symbolischen Aktionen abgespeist, nicht ernst genommen und nicht verstanden.

Bei der Debatte um Generationengerechtigkeit geht es nicht um Verjüngungswahn, sondern um Fairness. In einer Demokratie übersetzt sich Masse in Macht. Politik braucht Wählerstimmen. Wenn die Älteren immer mehr werden, dann bestimmen sie die Agenda. Die junge Generation wird vergessen und verdrängt. Man redet zwar über sie, aber lässt sie nicht mitreden.

Im Grundgesetz steht: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die junge Generation gehört aber genauso zum Staatsvolk wie die Älteren. Eine radikale Senkung des Wahlalters ist längst überfällig. Jeder Mensch sollte wählen dürfen, sobald er

oder sie das will – ohne starre Altersgrenze. Die junge Generation muss mitentscheiden dürfen, wenn es um ihre Zukunft geht.

Auch auf dem Arbeitsmarkt müssen Alt und Jung gerecht behandelt werden. Zu viele Privilegien in Besoldungstabellen und Tarifverträgen knüpfen direkt oder indi-

Die Alten werden es nicht richten, wenn die Jungen nicht laut und radikal von sich hören lassen

rekt an das Lebensalter an. Ältere bekommen mehr Lohn und genießen einen deutlich besseren Kündigungsschutz. Das ist nicht fair gegenüber den Jungen, die sich eine Existenz aufbauen müssen, vielleicht eine Familie gründen wollen und Perspektiven für ihr Leben brauchen. Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten endlich innovativere Konzepte finden als die Vergütung nach Alter oder Berufsjahren. Altersprivilegien gehören abgeschafft zugunsten höherer Einstiegsgehälter und eines besseren sozialen Schutzes für die Jüngeren.

Für uns Junge ist nicht mehr die Rente sicher, sondern die Rentenkürzung. Laut der erwähnten Forsa-Umfrage glauben inzwischen 81 Prozent der Jüngeren und sogar 68 Prozent der Älteren, dass die jüngere Generation zwar die Rente der Älteren stemmen muss, später aber kaum selbst von der Rente leben können. Der Eindruck stimmt: Die solidarische Rentenformel ist spätestens seit der Riesterreform 2001 systematisch demontiert worden. Schuld an den Problemen des Rentensystems ist nicht nur der demografische Wandel, sondern die epidemische Ausbreitung prekärer und schlecht bezahlter Beschäftigung in Verbindung mit der Finanzmarkt-euphorie vergangener Zeiten.

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen hieße: den Riesterfaktor in der Rentenformel rückgängig machen und durch eine Teilungslösung ersetzen, in der Jung und Alt die Lasten aus Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung solidarisch tragen. Und: Alle müssen in eine gemeinsame Rentenkasse einzahlen. Derzeit zahlen Ärzte und Apotheker, Anwälte und Architekten,

Notare, Beamte und Politiker in ihre eigenen Töpfe ein – wie es in einer Ständegesellschaft zu erwarten wäre. Aber in einem demokratischen Gemeinwesen sollte sich niemand aus der Solidarität davonestehlen dürfen, erst recht nicht die mit den starken Schultern. Ein Umbau der Sozialversicherungen ist überfällig: weg von der Fixiertheit auf abhängige Lohnarbeit, hin zu einer breiteren Finanzierungsbasis, bei der alle Bürger und höhere Einkommen in das Solidarsystem einbezogen werden. Die Rente muss ein armutsfestes und menschenwürdiges Leben im Alter ermöglichen und die Lebensleistung der Menschen honorieren.

Die heutigen Alten sind die vermögendste Generation in Deutschland. Klar: Nicht alle Rentner leben wie die Made im Speck. Aber alle Vermögens- und Einkommensstatistiken zeigen: Es gibt nicht nur die bedürftige Omi, die mit einer kargen Rente auskommen muss. Unter den Senioren tummeln sich auch viele Reiche, richtig Reiche. Junge Eltern stehen dagegen wesentlich schlechter da. Am ärmsten dran sind Alleinerziehende, hauptsächlich Frauen. Ein Zukunftssoli in Höhe von einem Prozent auf sehr große Privatvermögen könnte laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung rund 25 Milliarden Euro in die Staatskassen spülen. Damit ließen sich Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen finanzieren. Wir sind jung und brauchen das Geld.

Wir Jungen brauchen aber vor allem: uns selbst. Die Alten werden es nicht richten, wenn wir Jungen nicht laut und radikal von uns hören lassen. Zu lange haben sich die Jungen in Deutschland als Einzelkämpfer gesehen und die Gesellschaft als politisch nicht gestaltbar begriffen. Doch langsam gewinnen wir Jungen den Glauben an unsere eigene Gestaltungsmacht zurück. Das Gerede von der Null-Bock-Generation ist endgültig Quatsch von vorgestern. Der Geist der Veränderung liegt in der Luft.

Der nötige Aufstand der Jungen ist kein Kampf, der den Alten etwas wegnehmen will. Wir möchten selbst alt werden. Aber wir streiten für unsere Zukunft. Bildungsstreik, Anti-Atom-Demos und Internetaktivismus zeigen: Die Jugend verschafft sich Gehör. Sie kämpft nicht gegen die Alten, sondern für das Recht auf Mitsprache und das Recht auf Zukunft. Der Aufstand der Jungen hat gerade erst begonnen.



Wolfgang Gründinger, 28, ist Buchautor und Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Der sozialdemokratische Politik- und Sozialwissenschaftler promoviert derzeit an der Humboldt-Universität in Berlin. FOTO: OH